

Vietnam 2011 – Ein Überblick

Nadja Charaby / Felix Münster

Hanoi, Januar 2012

Inhalt

Vorbemerkung	3
Innenpolitische und soziale Entwicklungen.....	4
Der XI. Parteitag	4
Nationalversammlung.....	4
Armutsminderung	5
Korruption.....	5
Rede- und Meinungsfreiheit/ Pressefreiheit.....	6
Normativer Wandel.....	6
Ethnische Minderheiten	6
Arbeitsmarktpolitik.....	7
Streiks und Proteste	7
Gesundheitspolitik	8
Bildungssektor.....	9
Umwelt und Klima.....	10
Energiepolitik.....	10
Außenpolitik.....	11
Internationale Integration und Multilateralisierung	11
Konflikt im Südchinesischen Meer.....	11
Militärische Kooperation mit den USA und anderen Staaten	12
Ökonomische Herausforderungen	12
Abkehr vom reinen Wachstumsparadigma.....	12
Inflation	13
Außenhandel.....	13
Reform- und Privatisierungsvorhaben.....	14
Ausblick.....	15
Zu den Autor_innen	15

Vorbemerkung

Den Auftakt des Jahres 2011 bildete der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), welcher mit vielen Hoffnungen verbunden war. Sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei bestanden Erwartungen, die Beschlüsse dieses zentralen Ereignisses könnten die Qualität der historischen Reformparteitages von 1986 erreichen, auf welchem die als *doi moi* bekannt gewordene Erneuerungspolitik eingeleitet wurde. Als die Beschlussvorlagen Ende 2010 bekannt wurden, bzw. spätestens nach Abschluss des Parteitages waren derlei Hoffnungen hinfällig. Es war klar geworden, dass im Jahr 2011 und auch in den kommenden fünf Jahren mit keinen existentiellen Veränderungen zu rechnen sein würde. Die im Vorfeld des Parteitages geführten Machtkämpfe um Führungspositionen wurden beigelegt, das neu nominierte Führungstriumvirat aus dem bereits regierenden Premierminister Nguyen Thanh Dung, Präsident Truong Tan Sang und der neu gewählte Generalsekretär der KP Nguyen Phu Trong (bis dato Präsident der Nationalversammlung) bestätigen die bisherige Linie der harmonisierenden Einbeziehung verschiedener Interessensgruppen in der Spitze des Landes. Die im Mai neu gewählte Nationalversammlung bestätigte die Aufstellung von Dung und Sang in den vorgeschlagenen Ämtern. In den Beschlüssen des Parteitages wurde konkret der Terminus einer nachhaltigen Entwicklung genannt. Dieser und eine kritischere Auseinandersetzung mit einer rein auf wirtschaftliches Wachstum getrimmten Politik finden sich seither vermehrt auf der politischen Agenda wieder.

Generell steht das Jahr 2011 im Zeichen von Kontinuität. Es fanden keine gravierenden Ereignisse statt, die einen grundlegenden Paradigmenwechsel der vietnamesischen Politik erkennen lassen. In der Bildungs-, Gesundheits- und Umweltpolitik oder auch in Bezug auf die Situation der Zivilgesellschaft beispielsweise lassen sich kaum Veränderungen zu den vergangenen Jahren erkennen. Dennoch bleibt Vietnam ein Land, das sich dynamisch entwickelt. Im vergangenen Jahr fanden verschiedene politische, ökonomische und soziale Prozesse mit einer gewissen qualitativen Veränderung statt. Hier ist z. B. die weitere Zunahme von Streiks und öffentlichen Protesten zu nennen. Ein weiteres, eine neue Qualität von Konfliktpotential erreichendes Ereignis waren die aufgeflamten Auseinandersetzungen mit China um den Jahrzehnte andauernden Territorialstreit im Südchinesischen Meer. Dies war verbunden mit einer weiteren Zunahme nationalistischer Ressentiments in der vietnamesischen Berichterstattung und auch in der Bevölkerung. In Bezug auf die Wirtschaft muss hier die beunruhigende Inflationsrate von insgesamt 18% genannt werden, derer die politische Führung trotz verschiedener Reformschritte nicht wie erhofft Herr werden konnte. Vietnam war bisher nur in begrenztem Maße von den Folgen der globalen Finanzkrise betroffen. Doch lassen die Erschütterungen des Weltmarktes durch die zunehmende internationale Integration Vietnams, v. a. seit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation im Jahr 2007, das Land nicht unberührt. Es wird sich zeigen, inwieweit die vietnamesische Politik mit den globalen und lokalen Anforderungen zurechtkommt und inwiefern dabei die „Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung“ geformt und mit konkreten Inhalten versehen werden kann. Die teilweise recht populistisch geführte Debatte um die Privatisierung von Staatskonzernen oder auch die starke Ausrichtung der Wirtschaftspolitik am Kurs der USA mit wenig Spielraum für echte Alternativen, lässt diesbezüglich erhebliche Unklarheiten aufkommen.

Die vorliegende Übersicht zu den Entwicklungen in Vietnam im Jahr 2011 beruht auf einer Beobachtung vietnamesischer sowie internationaler Medienberichte. Ebenfalls schließt das Dokument eigene Beobachtungen und Erkenntnisse der Autor_innen ein. Der Text erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige Übersicht aller wichtigen Ereignisse aus dem Jahr 2011. Vielmehr konzentriert er sich auf für die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Vietnam relevante Themenfelder. Aufgrund der Vielseitigkeit der Themen, können diese nicht in der manchmal vielleicht notwendigen Tiefe elaboriert werden. Es bleibt der oder dem interessierten Leser_in also überlassen, bei bestimmten Interessenschwerpunkten selbst weiter zu recherchieren. Gern steht auch das Hanoier Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung auch für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Innenpolitische und soziale Entwicklungen

Der XI. Parteitag

Der Parteitag hat das eindeutige Signal politischer Kontinuität und Stabilität manifestiert. Bestehende Erwartungen auf grundlegende Reformen, die es im Vorfeld gab, wurden nicht bestätigt. Die Beschlüsse des Parteitages bekräftigten den alleinigen Führungsanspruch der Partei. Premierminister Nguyen Tan Dung wurde trotz starker Kritik an seiner Rolle im Rahmen der *Vinashin*-Krise als Kandidat für die Position des Premierministers wiedergewählt.¹ Das neu ernannte Führungsgespann mit Premierminister (Nguyen Tan Dung, bereits amtierender Premier), Präsident (Truong Tan Sang, bisheriger Rivale des Premiers Dung, bekannt als starke Reformkraft) und Generalsekretär (Nguyen Phu Trong, bisheriger Vorsitzender der Nationalversammlung und angeblich „pro-chinesisch“) demonstriert „Harmonie“. Überraschend ist, dass kein Kandidat mit außenpolitischer Expertise ins Politbüro gewählt wurde. Zu bemerken ist auch, dass das neue Politbüro nur noch aus 14 anstatt geplanten 17 Mitgliedern besteht. Das neue Zentralkomitee setzt sich aus 175 ständigen und 25 alternierenden Mitgliedern zusammen. Diese wurden aus 218, bzw. 61 Kandidat_innen gewählt. Die Parteitagsbeschlüsse ermöglichen Privatunternehmer_innen nun, ähnlich wie in China, Parteimitglied zu werden. Deren Kenntnisse sollen dem Gesamtwohl des Landes und der Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung somit besser zugutekommen. Sicherlich liegt diese „Öffnung“ auch an der Tatsache, dass immer mehr ehemalige Staatsangestellte und Genoss_innen im Ruhestand privatwirtschaftlich tätig sind. Sie sollen nicht aus der Partei ausgeschlossen werden müssen. Die KPV bekannte sich auf dem Parteitag, weiter am Modell der Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung und an einer jährlichen Wachstumsrate von 7-7,5% festzuhalten.² Dennoch beschloss die Partei für die nächsten fünf Jahre die reine Wachstumsorientierung mit weiteren Inhalten zu ergänzen. Stichworte hier sind eine nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Wohlbefinden der Gesellschaft in geistig-intellektueller und materieller Hinsicht, Kompetenzaufbau der politischen Entscheidungsträger sowie Verbesserung des Bildungssystems, internationale Integration usw. Diese Zielsetzungen sind nicht vollkommen neu, indizieren jedoch ein mögliches Umdenken, da die Zielstellung, Vietnam bis 2020 in ein Industrieland zu verwandeln, nicht durch reine Wachstumsraten haltbar ist. Wie bereits in der Vergangenheit bestärkte die Partei ihren Willen zur Korruptionsbekämpfung. Korruption gilt als eins der größten Entwicklungshemmnisse des Landes. Zusätzlich blieb auch die Lösung der territorialen Probleme mit China ein wichtiger Punkt.

Nationalversammlung

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Mai 2011 gaben Berichten zufolge 62 Millionen Menschen ihre Stimme ab, 99,51 Prozent aller Wahlberechtigten.³ Aus 872 Kandidaten wurden 500 Abgeordnete gewählt, von denen 78 einer nationalen Minderheit angehörig sind, 42 sind kein Parteimitglied, 62 sind unter 40 Jahre alt, 167 wurden wiedergewählt und vier nominierten sich selber. Bemerkenswert ist, dass dieses Jahr bei den Parla-

¹ Der staatliche Schiffsbaukonzern Vinashin war Ende 2010 stark in die Kritik geraten, als bekannt wurde, dass dieser aufgrund von Fehlinvestitionen in sachfremden Branchen und schlechtem Management etwa vier Mrd. US-Dollar Schulden angehäuft hatte. Mit dem Skandal einher ging eine scharfe Kritik, u. a. durch die Nationalversammlung, an Premierminister Nguyen Thanh Dung und dessen Politik in Bezug auf die Staatskonzerne.

² Für 2011 reduzierte die Regierung die angestrebte Wachstumsrate auf 6-6,5%. Dies kann als bedeutendes Eingeständnis einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung gedeutet werden. Gleichzeitig scheint die Regierung, u. a. gedrängt durch die beständig steigende Inflation, eine graduelle Abkehr von den hohen Wachstumserwartungen zu vollziehen.

³ Zum ersten Mal fand die Wahl gleichzeitig auf allen vier Regierungsebenen statt: Nationale Ebene, Provinz, Distrikt und Kommune. Es liegt die Vermutung nahe, dass dies aufgrund einer zu effektivierenden administrativen Steuerung erfolgte. Gleichzeitig bedeutet diese neue Taktung eine mögliche Stärkung der Einflussnahme der Partei auf alle Entscheidungsebenen. Schließlich fand der XI. Parteitag, auf dem, wie üblich, die grundsätzlichen Personalfragen der neu zu wählenden Regierung festgesetzt wurden, nur vier Monate zuvor statt. Ein entsprechender Rhythmus wird nun in Zukunft gewahrt bleiben.

mentswahlen sehr viele Unternehmer (40) ins Parlament gewählt wurden. Deren Einflussnahme im Parlament, aber auch in der Partei, scheint sich zunehmend zu erhöhen.

Die Rolle der Nationalversammlung wird zunehmend gewichtiger im politischen System der Sozialistischen Republik Vietnam. Diese Entwicklung erhielt bereits im Jahr 2010 maßgeblichen Aufwind. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Abgeordneten weiterhin ihre Rolle kritisch und mit gestärktem Selbstbewusstsein wahrnehmen. Vor allem kann man für das Jahr 2011 konstatieren, dass dies in der Wirtschaftspolitik der Fall war. Viele Abgeordnete meldeten sich in Parlamentssitzungen kritisch zu Wort und verlangten von der Regierung, sich aufgrund der immensen wirtschaftlichen Probleme mehr für die nachhaltige Entwicklung einzusetzen als für schnelles Wachstum. Außerdem machten die Abgeordneten im Oktober des Jahres 2011 konkrete Vorschläge, um die Rolle der Nationalversammlung in Zukunft durch verstärkte Kontrolle über Regierungsaktivitäten und mehr Beteiligung der Bürger_innen und der Medien zu stärken. So wurde vorgeschlagen einen Fernsehkanal zu schaffen, der nahezu alle Sitzungen live überträgt, die Rechte und den Zugang der Medien auf Aktivitäten der Nationalversammlung zu erhöhen und die Anzahl vertraulicher Dokumente zu reduzieren.

Armutsminderung

Die vietnamesische Regierung blieb im vergangenen Jahr bemüht, in der Armutsbekämpfung weiterhin Erfolge zu erzielen, auch wenn die hohe Inflation hierbei eine beachtliche zusätzliche Herausforderung darstellte. Armen Haushalten (62.600 hungernde Familien im Januar 2011, 48.8 Prozent mehr als im Januar 2010), die überwiegend in den abgelegenen Bergregionen des Landes leben, wurde beispielsweise durch Lebensmittellieferungen (Reis) und Hilfsauszahlungen für Elektrizitätsrechnungen geholfen. Auch verabschiedete die Regierung im März 2011 ein finanzstarkes nationales Programm zur Unterstützung der offiziell 4.3 Millionen benachteiligten Kinder. Das grundsätzliche Problem der weiter auseinander driftenden Einkommensschere zwischen arm und reich konnte nicht einmal ansatzweise angegangen werden. Der Einkommensunterschied vergrößerte sich um das 9,2-fache im Vergleich zum Vorjahr. Ungleichheit wächst also rapide und auch die Unterschiede der Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt vergrößern sich zunehmend. Darin eine Balance zu erhalten, gestaltet sich für die Regierung als überaus schwer. Immerhin lebt der Großteil der vietnamesischen Bevölkerung noch auf dem Land (60-70 Prozent der Gesamtbevölkerung) und erzielt das primäre Einkommen aus der Landwirtschaft. Von einem gerechten Zugang zu sozioökonomischen Verbesserungen kann also nicht gesprochen werden.

Korruption

Korruption blieb auch im Jahr 2011 ein omnipräsentes Problem in Vietnam. Das Ausmaß der Korruption stellt eine Bedrohung der Stabilität und des Wachstums dar – so auch von Partei und Regierung kommuniziert – und stellt eins der größten Hindernisse für ausländische Investoren dar. Betroffen sind nahezu sämtliche Bereiche der Wirtschaft, Politik, Bildung oder auch das Gesundheitswesen, involviert sind alle Gesellschaftsschichten und Lebensbereiche. Besonders betroffen sind jedoch die sozial und ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Berichten zufolge wurden in den letzten fünf Jahren zwar durchschnittlich 600 Personen in 280 Korruptionsfällen verurteilt, doch das kann wohl eher als öffentlichkeitswirksame Symptombekämpfung gedeutet werden. Einerseits verfügt Vietnam über einen hinreichenden gesetzlichen Rahmen zur Korruptionsbekämpfung, andererseits mangelt es bisher an einer effektiven Umsetzung, die notwendige Wirkung zeigen kann.

Rede- und Meinungsfreiheit/ Pressefreiheit

Die in den vergangenen Jahren und vor allem in Vorbereitung auf den XI. Parteitag gestiegene Einschränkung von Rede- und Meinungsfreiheit dauerte 2011 weiterhin an. Schon das Jahr 2010 hatte vermehrt Verhaftungen von Dissident_innen und Verurteilungen zu langjährigen Freiheitsstrafen, verstärkte Internetüberwachung und Einschränkung der Meinungsfreiheit aufgezeigt. Dies lässt sich auch für das Jahr 2011 konstatieren. Generell, scheint die vietnamesische Regierung über die Ereignisse in der arabischen Welt (Arabischer Frühling) besorgt zu sein und Auswirkungen wie die der chinesischen Jasmin-Revolution zu befürchten. Auch schränkt ein neues Pressegesetz die Pressefreiheit weiter ein. Es ermöglicht die Bestrafung von Journalisten für vage nur definierte Übertretungen und verlangt die Preisgabe von Quellen journalistischer Berichte.

Normativer Wandel

Generell lässt sich festhalten, dass die vietnamesische Gesellschaft großen Veränderungen unterworfen ist, die Einbindung in den Weltmarkt und andere entsprechende Institutionen sowie die Globalisierung sind verantwortlich dafür. Von Intellektuellen und Politiker_innen wird eine „Verwestlichung“ der vietnamesischen Gesellschaft kritisiert. Diese wird für losere Familienbindungen, mehr „Egoismus“, Ehescheidungen und Abtreibungen, eine Zunahme der sogenannten „sozialen Übel“ (Drogenkonsum, Prostitution und Korruption), den Anstieg von Gewalt und Morden in der vietnamesischen Gesellschaft verantwortlich gemacht. Die vermehrte Medienberichterstattung über diese Themen, sorgte für eine erhöhte Aufmerksamkeit in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Ein weiteres Problem ist das zunehmende Ungleichgewicht der Geschlechter in der vietnamesischen Gesellschaft, mit voraussichtlich gravierenden Folgen für die demographische und sozioökonomische Entwicklung des Landes. Im Jahr 2010 lag das Geschlechterverhältnis bei der Geburt in Vietnam bei 111,2 Jungen per 100 neu geborene Mädchen. Im vergangenen Jahr wurde eine Unterpräsenz von 139.000 Frauen in der Geschlechterbalance der vietnamesischen Bevölkerung festgestellt. Der Hauptgrund ist die soziale Bevorzugung von Söhnen, welche durch verbesserte Technologien der Früherkennung und der damit verbundenen Abtreibungen von Mädchen bedient werden.

Ethnische Minderheiten

Die allgemeine Situation der ethnischen Minderheiten kann auch im Jahr 2011 als unverändert betrachtet werden. Es gehören schätzungsweise zehn Millionen Menschen den 53 ethnischen Minderheiten an, die überwiegend in den abgelegenen Berggebieten Vietnams leben. Auch im vergangenen Jahr wurde vielfach berichtet, dass Armut überwiegend Angehörige der ethnischen Minderheiten trifft, schätzungsweise die Hälfte von ihnen lebt nahe oder unterhalb der staatlichen Armutsgrenze. Ein gravierendes Problem hierbei ist der unzureichende Bildungszugang vieler Angehöriger ethnischer Minderheiten (viele, v. a. Frauen, sprechen und schreiben kein Vietnamesisch), in ihren Lebensräumen mangelt es oft an sauberem Wasser und es besteht kein Zugang zu Elektrizität. Ethnischen Minderheiten aus der Armutsfalle zu verhelfen, wird als eine der Prioritäten der vietnamesischen Regierung in den nächsten Jahren angesehen. Außerdem wurden Projekte angeschoben, um die Existenz, das Erbe, die Kultur, Sprache und Gebräuche der ethnischen Minderheiten in Zukunft zu bewahren. Hierbei wird sich zeigen müssen, inwieweit das Niveau reiner Versprechungen überschritten wird. Schließlich handelt es sich um kein neues Problem und bisherige staatliche Programme scheinen nicht ausreichende Erfolge erzielt zu haben.

Arbeitsmarktpolitik

Einen wichtigen Fokus der Arbeitsmarktpolitik 2011 stellten die Situation von Gastarbeiter_innen im Ausland, die Einkommen der Arbeiter_innen und deren soziale Absicherung dar. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die Löhne/Mindestlöhne in Vietnam zwar steigen und vergangenes Jahr aufgrund der hohen Inflation zweimal erhöht wurden. Dennoch sind die Durchschnitts- und Mindestlöhne nach wie vor zu niedrig, um den Lohnabhängigen ein halbwegs sozial und finanziell abgesichertes Leben zu garantieren. Vielmehr kann man davon sprechen, dass es für die Arbeiter_innen eher um die Absicherung des reinen Überlebens geht. Fast zwei Drittel der vietnamesischen Arbeiter_innen verdienten 2011 weniger als 145 US-Dollar im Monat.

Auch die Löhne der Arbeiter_innen im informellen Sektor, immerhin fast 10.9 Millionen Menschen sind hier beschäftigt und stellen 23,5 Prozent aller Arbeiter_innen im Land, sind im Jahre 2011 auf durchschnittlich 105-120 US-Dollar im Monat gestiegen. In 2010 waren es noch 71-95 US-Dollar. Doch auch wenn dieser Sektor enorm zum Bruttoinlandsprodukt (2009: 20 Prozent) beiträgt, die Arbeitslosenzahlen drastisch reduziert und auch zur Armutsminderung beiträgt, muss doch erwähnt werden, dass er nach wie vor nicht ins soziale Netz eingebunden ist. Nur 0.19 Prozent aller Arbeiter_innen im informellen Bereich sind ins Sozial- und Gesundheitssystem einbezogen. Dasselbe gilt für Wanderarbeiter_innen, deren Zahl in Vietnam drastisch steigt. 90 Prozent derjenigen, die es zum Arbeiten vom Land in die größeren Städte zieht, sind nicht sozial- oder krankenversichert.

Neben diesen lokalen Problemen lenkte die vietnamesische Regierung ihre Aufmerksamkeit ebenfalls auf die Lage der vietnamesischen Gastarbeiter_innen im Ausland.⁴ Das Ministerium für Arbeit und die Gewerkschaft vereinbarten, zukünftig die Rechte und Interessen von Gastarbeiter_innen mehr zu schützen. Nach offiziellen Angaben sind momentan ca. 500.000 Vietnamesen als Gastarbeiter_innen in 40 unterschiedlichen Ländern tätig, jedes Jahr werden 60.000 bis 80.000 Arbeiter ins Ausland geschickt.

Streiks und Proteste

Die Anzahl von Protesten und Streiks hat 2011 zugenommen. Teile der vietnamesischen Bevölkerung, darunter v. a. Arbeiter_innen, haben durch Proteste ihre Bedürfnisse artikuliert und in die Öffentlichkeit getragen. Besondere Erwähnung muss die Tatsache erfahren, dass dieses Protestverhalten sich nicht auf ein bestimmtes Feld reduzieren lässt, sondern in verschiedenen Bereichen vorzufinden war: Arbeit, Religion, Umwelt, Gesundheit, Landrecht, Proteste ethnischer Minderheiten und Außenpolitik.

Die Anzahl von Arbeitsniederlegungen und Streiks ist im vergangenen Jahr ebenfalls stark gestiegen, was vor allem auf die hohe Inflationsrate, zu geringe Löhne aber auch auf die schlechten Arbeitsbedingungen zurückzuführen ist. Vorwiegendes Motiv für die Arbeitsniederlegungen in 2011 war die Inflation, da viele Lohnabhängige ihre Grundbedürfnisse aufgrund der steigenden Preise nicht mehr finanzieren konnten. So fanden in der ersten Hälfte des Jahres 2011 440 sogenannte „wilde Streiks“ statt, die Zahl hat sich im Vergleich zur selben Periode in 2010 verdreifacht. Im gesamten Jahr 2010 fanden „nur“ 216 wilde Streiks statt. Hierbei ist zu beachten, dass die meisten Streiks in Firmen mit ausländischer Beteiligung stattfanden und fast immer erfolgreich verliefen. Arbeitsniederlegungen und Streiks, auch wenn nach vietnamesischem Recht nicht legal, sind folglich zu einem erfolgversprechenden Instrument der Arbeiter_innen geworden, mit dem sie ihre Interessen durchsetzen können. Die Rolle der Gewerkschaft, die eher als Transmissionsriemen der Partei angesehen wird, ist dabei ambivalent und nicht einheitlich zu betrachten. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Gewerkschaftsfunktionäre in einigen Fällen zumindest mediativ zur erfolgreichen Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter_innen beitrugen.

⁴ Ein besonderes Kapitel stellten hierbei die 10.000 Gastarbeiter_innen dar, die in Libyen tätig waren und die im Zuge der dortigen Unruhen auf teilweise dramatische Weise in ihre Heimat zurückkehren mussten.

Eine weitere Form der Proteste ist mit religiösen Motiven verbunden. Hier sind Teile der christlichen Gemeinde zu nennen, die ein traditionell angespanntes Verhältnis zu Führung des Landes haben. Im zentralen Hochland, wo viele Christen leben, wurden Gottesdienste gestört und aufgelöst, was entsprechende Proteste der Betroffenen zur Folge hatte. Ein weiteres Beispiel aus dem vergangenen Jahr sind die Proteste/ Demonstrationen der katholischen Gemeinde in Hanoi, welche die Behörden beschuldigt, Land der Kirche für sich in Anspruch zu nehmen und ohne deren Zustimmung bebaut zu haben.

Auch in den nördlichen Provinzen kam es vermehrt zu Protesten und Unruhen, aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsbelangen. Dort versperrten Bürger_innen teilweise Straßen und hinderten so überbeladene Lastwagen am Weiterkommen, um gegen Umweltschäden, Abgase und Staub, Lärm, verursachte Straßenschäden und generelle Verschlechterung ihrer Gesundheit und Lebensqualität zu protestieren.

Sehr viel Beachtung erfuhr auch der soziale Protest mit religiösem Einschlag der ethnischen Minderheit Hmong in der Provinz Dien Bien im Mai 2011. Dort versammelten sich Tausende Hmong, um für mehr Autonomie, bessere Landrechte und mehr religiöse Freiheit zu demonstrieren. Was genau in der sehr abgelegenen, bergigen Region vor sich ging, ist schwer zu beurteilen, da die Behörden und Sicherheitskräfte das gesamte Gebiet abriegelten und kaum Informationen zur Verfügung stellten bzw. keine Journalisten Zutritt hatten. Es gilt jedoch in diesem wie in den o. g. Fällen öffentlicher Proteste, dass diese seitens der Behörden meist schnell und oft leider mit Mitteln der Gewalt beendet wurden.

Ein weiterer Proteststrang, der im vergangenen Jahr auch international für viel Aufmerksamkeit sorgte, waren die Anti-China-Proteste in Ho-Chi-Minh-Stadt, wo sie aber schon nach kurzer Zeit nicht mehr geduldet wurden, und vor allem in Hanoi, wo die Behörden die sonntäglichen Demonstrationen von 50-300 Personen zur Mitte des Jahres zunächst duldeten, weil sie nicht gegen die Regierungspolitik gerichtet waren und auch dem Zweck dienten, (weltweite) Medienpräsenz zu erhalten. Ebenso konnte somit eine Art Ventil geschaffen werden, mit dem bestimmte Gruppen, darunter viele Studierende und Intellektuelle, ihren Unmut über chinesisches Verhalten artikulieren konnten. Diese Sonntagsdemonstrationen wurden jedoch nach fast zwölf Wochen verboten und schließlich auch gewaltsam aufgelöst. In der Zwischenzeit hatten die Regierungen Vietnams und Chinas sich geeinigt, den aufkommenden Unmut in den Medien und in der Bevölkerung auf beiden Seiten nicht weiter zuzulassen.

Gesundheitspolitik

Im Gesundheitssektor wurde 2011 in der vietnamesischen Presse viel Kritik an den bestehenden Problemen geäußert. Darunter fielen die katastrophalen Zustände in den öffentlichen Krankenhäusern (Überfüllung, Korruption, schlechte Bezahlung des Personals etc.), vor allem in den großen Städten. Ein weiterer Fokus war die Ausbreitung von Krankheiten wie HIV/Aids, auch beeinflusst vom Anstieg des Drogenkonsums in Vietnam.

Das größte Problem des Gesundheitssektors sind unakzeptable Zustände in den öffentlichen Krankenhäusern, vor allem in Ho-Chi-Minh-Stadt und Hanoi. Generell ist Vietnams Verhältnis von 20,5 Krankenhausbetten auf 10.000 Einwohner_innen laut Weltgesundheitsorganisation zu niedrig, 25 Krankenhausbetten pro 10.000 Einwohner_innen sind Weltdurchschnitt. Die öffentlichen Krankenhäuser leiden unter einer chronischen Überfüllung, so dass oft mehrere Patient_innen in einem Krankenhausbett liegen. Patient_innen und auch Verwandte müssen in den Gängen ausharren, die Einrichtungen sind deshalb nicht angemessen sauber zu halten. Das unterbezahlte medizinische Personal hat aufgrund der Überfüllung nicht ausreichend Zeit, sich angemessen um die Patient_innen zu kümmern, ein profundes Krankheitsbild zu erstellen und dementsprechend zu behandeln. All diese Umstände tragen zur allgegenwärtigen Korruption im Gesundheitssektor bei. Um einigermaßen angemessen behandelt zu werden, muss privat gezahlt werden. Die reiche Oberschicht wird inzwischen in Privatkrankenhäusern oder auch zunehmend im Ausland behandelt.

Generell wurden die Probleme in öffentlichen Krankenhäusern seitens der Regierung erkannt. Um diese zukünftig besser in den Griff zu bekommen, wurden im vergangenen Jahr verschiedene Anstrengungen unternommen. Es wurden neue Krankenhäuser eingeweiht oder entsprechende Projekte gestartet, um zukünftig mehr Krankenhausbetten zur Verfügung stellen zu können und die Überfüllung der Einrichtungen zumindest zu reduzieren. Dies kann ebenfalls als ein Beitrag gewertet werden, der Korruption entgegenzuwirken und um grundsätzlich eine bessere Versorgung und Behandlung zu gewährleisten. Auch wurde öffentlich die Forderung aufgestellt, dass zur Bekämpfung der Korruption die Gehälter des Krankenhauspersonals deutlich erhöht werden müssen.

In der Bekämpfung von HIV/AIDS zeigte sich 2011, dass die bisherige Strategie nicht die erhofften Wirkungen zeigte. So wurde erkannt, dass mehr in die Prävention, Aufklärung und Behandlung zu investieren ist, um auf diese Weise eine Ausbreitung des Virus einzudämmen. Vor allem Frauen scheinen in den letzten Jahren vermehrt betroffen zu sein. Die Anzahl der Frauen mit einer HIV/Aids-Infektion ist in den Jahren 2005 bis 2009 von 15 Prozent auf 23 Prozent angestiegen und wird voraussichtlich weiter ansteigen. In 2007 war die Anzahl der infizierten Männer noch dreimal so hoch wie die der Frauen. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Abstand sich in 2012 auf ein 2,6-Faches, mit schätzungsweise 198.000 HIV infizierten Männern und 76.700 infizierten Frauen, reduzieren wird. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Kondome oder Safer Sex in der vietnamesischen Gesellschaft bisher eher tabuisiert sind. Entsprechend finden Neuinfektionen von Frauen oftmals in der Ehe statt. Auch die dokumentierte HIV/Aids-Rate unter Prostituierten steigt weiter an. Selbst hier ist der Gebrauch von Kondomen oft nicht selbstverständlich. Ein weiterer Faktor scheint ein Anstieg im Bereich des intravenösen Drogenkonsums zu sein, bei dem es zur Benutzung der gleichen Nadel durch mehrere Konsument_innen kommt.

Maßnahmen der Regierung sind verstärkte Aufklärungs- und Präventionskampagnen, vor allem in den betroffenen Milieus oder Randgruppen (Sexarbeiter_innen, Wanderarbeiter_innen, Drogenabhängige), aber auch die verstärkte Methadon-Behandlung bei Drogenabhängigen.

Entgegen der insgesamt negativ eingeschätzten Lage des Gesundheitssystems stieg die durchschnittliche Lebenserwartung der Vietnames_innen weiter an. Diese erreichte im Jahr 2011 einen Wert von 73 Jahren, im Vergleich zu 72,8 Jahren in 2010. 50 Jahre zuvor lag diese noch bei 40 Jahren.

Bildungssektor

Im Bildungssektor konnten im vergangenen Jahr keine maßgeblichen Veränderungen erzielt werden. Die Situation blieb allgemein unbefriedigend, vor allem die Situation der Lehrkräfte rückte dabei in den Fokus verschiedener Berichte und Initiativen.

Lehrkräfte sind in Vietnam sehr schlecht bezahlt, was zu Motivationsverlusten vieler Lehrer_innen führt und diese dazu zwingt, neben der Tätigkeit im Lehrbetrieb anderweitig Geld zu verdienen, um den Lebensunterhalt zu sichern, sei es in der Landwirtschaft oder durch private Dienstleistungen wie Übersetzungen, Beratung in der Wirtschaft oder durch das mittlerweile allgemein verbreitete Phänomen des privaten Extraunterrichts. Viele legen deshalb ihren Beruf nieder und suchen nach anderen Arbeitsmöglichkeiten. Aufgrund dieser Situation ist es ebenfalls schwer motivierte Nachwuchskräfte zu mobilisieren.

An den Universitäten herrscht ein vergleichbares Bild. Auch hier ist es sehr schwer junge, gut ausgebildete Menschen als Dozent_innen zu gewinnen, da die meisten einen Job in der Wirtschaft aufgrund des höheren Gehalts vorziehen. Der Mangel an qualifizierten Lehrkräften geht einher mit dem Problem der Korruption im Bildungsapparat, die zu einem nicht zu unterschätzenden Anteil auch gerade auf die niedrigen Gehälter zurückzuführen ist.

Zwar wurde in 2011 weiterhin in den Bildungssektor investiert, doch grundlegende Reformen zur nachhaltigen Verbesserung der Situation blieben bisher aus. Auch das andauernde Reformvorhaben der Lehrerausbildung

konnte bisher keine konkreten Schritte vorweisen. Unter den vorgenommenen Schritten finden sich eher oberflächliche Lösungen zur Bekämpfung von Symptomen, so wurden 2011 Schulen renoviert und besser ausgestattet, die allgemeine Lese- und Schreibfertigkeit wurde weiter erhöht und Universitätsbauprojekte/-investitionen wurden abgesegnet. Dies soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit des vietnamesischen Hochschulwesens erhöhen.⁵

Umwelt und Klima

In diesem Sektor wurden Vietnam im vergangenen Jahr von der Weltbank gute Resultate bescheinigt, es steht auf Platz 85 von 163 Ländern im „Environmental Performance Index“. Doch leider bestimmen nach wie vor überwiegend schlechte Nachrichten im Umweltsektor die Schlagzeilen. Es gab 2011 zahlreiche Medienberichte über Firmen, die ihre Abwässer teilweise sogar ungeklärt in Flüsse ableiteten und dafür Geldstrafen erhielten. Positiv ist hierbei zu vermerken, dass immer mehr Umweltsünder erwischt wurden. Die Höhe der Geldstrafen erscheint oftmals jedoch zu gering auszufallen, als dass diese eine ausreichend abschreckende Wirkung hätten.

Zeitungsberichte über Flüsse, die oft von Chemikalien durchsetzt sind (das Wasser des Roten Flusses z.B. hat gesundheitsgefährdend hohe Arsenraten), das Grundwasser, welches besonders in Gewerbe- oder Handwerksdörfern hochgradig verschmutzt ist, die Auswirkungen von Staudammprojekten auf die Umwelt, verbotene Abholzung (vor allem im Zentralen Hochland) und die Luftverschmutzung, die auch in den großen Städten in Vietnam eine Gefährdung darstellt, prägten 2011 das Bild der Umweltsituation in Vietnam. So hat die Luftverschmutzung in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt schon ein Level erreicht, das die Richtwerte der Weltgesundheitsorganisation um ein Fünfeinfaches übersteigt.

Weiterhin erhielt auch das Thema „Klimawandel“ eine enorme Beachtung im Jahr 2011. Vietnam wird nachweislich zu den weltweit am meisten betroffenen Ländern gezählt. Dieses Thema betreffend wurden zahlreiche internationale Seminare und Konferenzen durchgeführt, um geeignete Initiativen und Maßnahmen einzuläuten, die auf die Drosselung der Auswirkungen des Klimawandels zielen. Viele Kooperationsprojekte der Entwicklungszusammenarbeit richten ihren Fokus mittlerweile auf den Klimabereich, oftmals erscheint dieses Engagement seitens der zuständigen Stellen jedoch nicht ausreichend koordiniert.

Energiepolitik

Energie hat eine herausragende Bedeutung für Vietnam, schließlich braucht das aufstrebende Land beständig mehr Energie, um die Bedürfnisse der Wirtschaft und auch Bevölkerung heutzutage und besonders in der Zukunft zu befriedigen.⁶ Bereits jetzt kann der bestehende Energiebedarf nicht gedeckt werden. Energieknappheit ist ein Dilemma Vietnams und wird deshalb seitens der Führung des Landes als prioritär eingestuft. Leider wird ein Atomeinstieg als Ausweg angesehen. Nicht zuletzt aufgrund der Ereignisse in Fukushima erfuhr die Atompolitik vergangenes Jahr eine verhältnismäßig große Medienpräsenz. Trotz bestehender Sorgen, auch in der vietnamesischen Bevölkerung und seitens Expert_innen nach dem japanischen Atomunfall von Fukushima, verfolgt die vietnamesische Regierung weiterhin das Projekt der Atomenergie. Ein öffentlich kritischer Diskurs ist nicht gewünscht, die Regierung begegnet jeder Kritik mit dem Argument, dass einzig die Atomenergie dazu beitragen kann, die Energiebedürfnisse des Landes zu stillen. Aus diesem Grunde wurden Kooperationsabkommen mit aus-

⁵ Die Tatsache, dass keine vietnamesische Hochschule zu den weltweit besten 500 gezählt wird, wurde 2011 vielfach diskutiert und von Intellektuellen wie auch von der Politik als Warnsignal begriffen, sich vermehrt um die Qualität der universitären Ausbildung kümmern zu müssen.

⁶ Es kann davon ausgegangen werden, dass der Strombedarf in Vietnam mit jedem Prozent Wachstum um zwei Prozentpunkte steigt.

ländischen Investoren vorangetrieben und unterzeichnet, um Vietnam in Zukunft die friedliche Nutzung von Kernenergie zu ermöglichen. Vietnamesische Partner in der Atompolitik sind vor allem Russland, aber auch Japan und Südkorea. Alle drei Länder sind dem Land dabei behilflich, Atomkraftwerke zu bauen und Personal auszubilden. So wurden unter anderem bereits 48 Studierende rekrutiert, um in Russland Atomtechnik zu studieren. Mit Hilfe der russischen Investoren wird in Vietnam voraussichtlich im Jahr 2020 das erste Atomkraftwerk in der Küstenprovinz Ninh Tuan ans Netz gehen. Generell ist geplant, dass weitere acht Atomkraftwerke bis 2031 die Stromproduktion aufnehmen können.

Außenpolitik

Die Außenpolitik des Jahres 2011 stand fortwährend im Zeichen der internationalen Integration. Die strategischen Beziehungen Vietnams zu seinen Nachbarn und engsten Verbündeten der ASEAN-Gemeinschaft fanden weiterhin eine besondere Beachtung und Bestätigung, denn so soll die ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft in 2015 realisiert sein und wodurch die freundschaftliche und enge Kooperation im Interesse aller Beteiligten liegt. Zahlreiche Treffen mit Staatsoberhäuptern der Nachbarländer im vergangenen Jahr bezeugen dies. Auch die Vietnamesisch-Chinesischen Beziehungen hatten oberste Priorität, die Wirtschaftsströme beider Länder sind eng miteinander verbunden und auch politisch gesehen, bestehen enge Bindungen zwischen den sozialistischen Führungen beider Länder. Auch wenn die konfliktgeladenen Auseinandersetzungen um das Südchinesische Meer und die damit verbundenen medialen und öffentlichen Attacken auf den großen Nachbarn im Norden im vergangenen Jahr einen scharfen Kurs in der vietnamesischen Außenpolitik in Bezug auf China vermuten ließen, haben die Entwicklungen und Freundschaftsbekundungen der Führung des Landes bewiesen, dass Vietnam es sich nicht erlauben kann und will, China ernsthaft herauszufordern.

Internationale Integration und Multilateralisierung

Grundsätzlich lässt sich die Außenpolitik Vietnams im Jahre 2011 folgendermaßen charakterisieren: Vietnam verfolgte konsequent einen Multilateralisierungsansatz. Das Land versuchte, seine internen und externen Interessen durch eine Balance der gemeinsamen Interessen mit anderen Staaten zu verbinden. Entsprechend war im vergangenen Jahr der konsequente Ausbau weltweiter diplomatischer Beziehungen zu erkennen. Dieser Kurs, der seit 1988 die vietnamesische Außenpolitik bestimmt, wird weiterhin aufrechterhalten. Vietnam will Teil der internationalen Gemeinschaft sein und grundsätzlich freundschaftliche Beziehungen pflegen. Bemerkenswert ist hierbei, inwiefern dieses außenpolitische Paradigma als strategischer Ansatzpunkt für die vietnamesische Sicherheitspolitik im Südchinesischen Meer fungiert. Zu diesem Zweck wurden vor allem auch die politischen und militärischen Beziehungen zu anderen Großmächten und Regionalmächten oder Nachbarländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, Russland und Indien und beispielsweise den Philippinen, aber auch zu europäischen Staaten gezielt verbessert, nicht zuletzt natürlich auch, um zukünftige Kooperation in Wirtschaftsbelangen und Investitionen / Entwicklungshilfe sicherzustellen.

Konflikt im Südchinesischen Meer

In der vietnamesischen Außenpolitik des Jahres 2011 war das schlagzeilenbestimmende Thema der Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer. Vietnam (wie auch teilweise die Philippinen, Taiwan, Brunei und Malaysia) und China erkennen jeweils Territorialansprüche der anderen Seite um die Spratley- und Paracel Inseln, wo bedeutende Erdöl- und Gasvorkommen vermutet werden, nicht an. Das vergangene Jahr war geprägt von einem erneuten

Aufflammen des Konfliktes, einhergehend mit nationalistischem Gebaren beider Länder. Dutzende Vorfälle auf See wurden auf beiden Seiten seitens der lokalen Presse ausgeschlachtet und Ressentiments in beiden Bevölkerungen geschürt. Selbst die Regierungen Vietnams und Chinas agierten zum Teil auf nicht freundschaftliche Weise. Die öffentlichen Aussagen von Politiker_innen und Parteimitgliedern erreichten einen rauen Umgangston, bei dem auch Worte wie Selbstverteidigung zirkulierten, Drohungen ausgesprochen wurden usw. Allerdings schien der Höhepunkt überschritten, nachdem beide Länder im Oktober in einer bilateralen Übereinkunft versicherten, die Konflikte in friedlichen bilateralen Gesprächen unter Berücksichtigung internationalen Rechts zu lösen. Auch wurde zuvor bereits vereinbart, dass beide Staaten bei diesem Thema Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung ausüben sollten. Dies war wahrscheinlich mit ein Grund, warum die Anti-China Proteste in Hanoi nach mehr als zehn Wochen in der Mitte des Jahres nicht mehr geduldet wurden, konnte die vietnamesische Regierung die Proteste zunächst doch noch für ihre außenpolitischen Zwecke nutzbar machen.

Wie bereits erwähnt, agierte die vietnamesische Regierung geschickt darin, den Konflikt weiter zu internationalisieren, d.h. andere Großmächte wie die USA, Indien und Japan als seine Verbündeten in den Konflikt im Südchinesischen Meer indirekt einzubeziehen. Somit konnte Vietnam (aber auch die ASEAN) ein gewisses Gegengewicht zu China aufbauen. Die chinesische Außenpolitik hat diese Tendenz kritisiert. Dennoch zeigte sich im vergangenen Jahr, dass Chinas Setzen auf eine militärische, aber auch wirtschaftliche Einschüchterung begrenzt blieb, schließlich gilt es hierbei auch einer verstärkten Einbeziehung der USA entgegenzuwirken.

Militärische Kooperation mit den USA und anderen Staaten

Die politischen Beziehungen zwischen Vietnam und den USA sind in den vergangenen Jahren immens aufgewertet worden. Selbst die Kooperation in militärischen Belangen wurde vergangenes Jahr weiter ausgebaut. Die verstärkte US-Präsenz im Pazifik wird seitens Vietnams gefördert. So wird Vietnams bedeutender Hafen Cam Ranh in der Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit für US-amerikanische oder andere ausländische Kriegsschiffe (Russland) geöffnet werden.

Im Zeichen dieser Tendenz einer militärischen Aufrüstung der Region steht Vietnams eigene Militärpolitik, die auf einen massiven Ausbau der eigenen Kapazitäten setzt. Darunter fällt vor allem der Aufbau der vietnamesischen Seestreitkräfte, hier wurden auch schon in 2010 Verträge mit Russland geschlossen, erste U-Boot Lieferungen haben entsprechend in 2011 stattgefunden. Die Ausgaben im Verteidigungshaushalt 2011 stiegen rapide.

Auch wenn es scheint, dass die Wogen zwischen Vietnam und China gegen Ende des Jahres geglättet werden konnten, kann davon ausgegangen werden, dass dieser Konflikt die Region auch in Zukunft mehr oder weniger intensiv beschäftigen wird. Bereits im November gab es wieder Meldungen über ernstzunehmende Vorfälle im Südchinesischen Meer. Es scheint insgesamt weitaus mehr Auseinandersetzungen gegeben zu haben als offiziell berichtet wurde. Bedenkenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Aussagen von US-Präsident Obama, dass die Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum zukünftiger Schwerpunkt der US-Militärpolitik sein soll.

Ökonomische Herausforderungen

Abkehr vom reinen Wachstumsparadigma

Vietnams Wirtschaft war im Jahr 2011 von verschiedenen Herausforderungen geprägt. Trotz aller Probleme und Herausforderungen wird das Wirtschaftswachstum auf 5.8 bis 6 Prozent eingestuft, was von der Regierung als angemessenes Wachstum, jedoch nicht ausreichend, angesehen wird. Das eigentliche Ziel war zu Beginn des

Jahres 2011 noch auf 6,5 bis 7 Prozent festgelegt worden, wurde die 7 Prozentmarke in den letzten Jahren doch immer erreicht. Allerdings hat sich innerhalb der Führung des Landes inzwischen die Tendenz durchgesetzt, dass schnelles Wachstum und nachhaltige Entwicklung gleichzeitig unter den aktuellen inländischen und weltweiten wirtschaftlichen Umständen nicht zu leisten sind. Ein Schlagwort, welches daher immer mehr Bedeutung gewinnt, ist daher die nachhaltige Entwicklung.

Inflation

Insbesondere das hohe Ausmaß der Inflation stellte Vietnam vor große Probleme und zeigte seine Auswirkungen im Alltag des Großteils der Bevölkerung. Die steigenden Preise für Grundnahrungsmittel (die Preise für Nahrungsmittel stiegen um mehr als das Doppelte) und Basisleistungen stellte die Mehrheit der Arbeiter_innen und Geringverdiener_innen vor enorme Mehrausgaben. Auch zahlreiche Betriebe litten unter den Maßnahmen, welche die Regierung beschließen musste, um der Inflation entgegenzutreten. Im Laufe des Jahres wurden folgende Schritte unternommen: Unter anderem wurden eine straffere Währungspolitik und höhere Zinsraten eingeführt. Zusätzlich wurden die Staatsausgaben drastisch reduziert, vielen als unwichtig eingestuften Projekten wurden rigoros die Mittel gekürzt oder sie wurden gänzlich gestrichen. Trotz aller Bemühungen seitens der Regierung stieg die Inflation kontinuierlich an und durchbrach 2011 insgesamt die Marke von 18 Prozent. Dies stellt einen gravierenden Gegensatz zu den Bekenntnissen der politischen Führung dar, die öffentlich eine Inflationsrate von 7 Prozent für das vergangene Jahr angepeilt hatte. Im Laufe des Jahres musste diese optimistische Erwartungshaltung jedoch bereits auf eine Inflationshöhe von 15 Prozent hoch gesetzt werden. Damit ist Vietnam von der höchsten Inflationsrate in ganz Asien betroffen. Im Vergleich dazu sei hier die Zahl von 2010 genannt, die noch bei 11,8 Prozent lag.

Außenhandel

Positive Entwicklungen zeigte hingegen das Exportgeschäft. Die Zugewinne in 2011 lassen sich hauptsächlich auf die Preisanstiege der vietnamesischen Handelsprodukte auf dem Weltmarkt zurückführen. Dazu zählen zum Beispiel Kautschuk, Pfeffer, Rohöl und Kaffee. Ferner konnte der vietnamesische Außenhandel das Volumen einiger Exportgüter erheblich erhöhen, darunter Reis, dessen Volumen einen Wert von sieben Millionen Tonnen erreicht haben soll. Aufgrund der Ergebnisse in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres, ist es sehr wahrscheinlich dass Vietnam einen Jahresexportumsatz von 95 Milliarden US-Dollar erzielen konnte. In den ersten elf Monaten betrug der Exportumsatz 87,2 Milliarden US-Dollar, ein Anstieg von 32 Prozent im Vergleich zur selben Periode in 2010. Insgesamt erreichten 23 vietnamesische Exportprodukte in 2011 einen Ertrag von mehr als einer Milliarde US-Dollar. Währenddessen betrug der Importumsatz in den ersten zehn Monaten 96,1 Milliarden US-Dollar, ein Anstieg von 27,2 Prozent im Vergleich zur selben Periode in 2010. Diese Entwicklung ist ebenfalls auf den Anstieg der Weltmarktpreise der importierten Güter zurückzuführen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Gesamtumsatz des Export-/Importgeschäfts in 2011 die 200 Milliarden US-Dollar Grenze überschritten hat. Vietnam rückt somit auf den fünften Platz der Liste der umsatzstärksten südostasiatischen Nationen im Export-/Importgeschäft vor. An erster bis vierter Stelle liegen Singapur, Thailand, Indonesien und Malaysia.

Das Handelsdefizit für die ersten elf Monate in 2011 wird auf 8,9 Milliarden US-Dollar geschätzt und hat im gesamten Jahr 2011 nicht 10 Milliarden US-Dollar überschritten. Das Problem des Handelsdefizits begleitet Vietnam also auch weiterhin im Jahre 2011, auch wenn es erwähnenswert ist, dass es in den letzten drei Jahren kontinuierlich verringert werden konnte: 18 Milliarden US-Dollar in 2008, 12,9 Milliarden US-Dollar in 2009, 12,6 Milliarden US-Dollar in 2010 und, wie erwähnt, auf unter 10 Milliarden US-Dollar im vergangenen Jahr. Trotz eines Anstiegs der Einnahmen im Exportgeschäft (überwiegend Rohstoffe, Agrarprodukte und Textilien) ist Vietnam noch

immer benötigt, viele Waren, vor allem hochwertige und teure Produkte, zu importieren, was fast zwangsläufig auf ein Handelsdefizit hinausläuft. Erwähnenswert ist in diesem Fall, dass das Handelsdefizit vor allem auf das weiterhin bestehende Ungleichgewicht im Handel mit China zurückzuführen ist. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2011 stand Vietnam einem Handelsdefizit mit China von elf Milliarden US-Dollar gegenüber, damit überlagte das 10-Monats-Handelsdefizit mit China sogar das vietnamesische Gesamthandelsdefizit im gesamten Jahr 2011. Vietnam importierte chinesische Waren (besonders Maschinen, Computer, Elektronik, Stahl und Öl) im Wert von 19.5 Milliarden US-Dollar in den ersten zehn Monaten, ein Anstieg von 30 Prozent im Vergleich mit demselben Zeitraum im Jahr 2010.

Reform- und Privatisierungsvorhaben

Aufgrund der großen wirtschaftlichen Probleme, die vor allem in diesem Jahr sichtbar wurden, welche aber auch schon in den Vorjahren existent waren, hat die Regierung Reformen zur Restrukturierung der Wirtschaft in 2012 beschlossen. Den Fokus bilden hierbei der Finanzsektor und die Herbeiführung einer grundsätzlichen Performanceverbesserung der schwächelnden Staatskonzerne.

Im Finanzsektor wiederum steht das Bankenwesen im Zentrum. Hier sollen Reformen die Anzahl der existierenden Banken reduzieren, die Kreditqualität verbessern und die Bankdienstleistungen entwickelt werden. Unprofitable und kleine Banken sollen demnach von großen Banken geschluckt werden, da die Existenz von zu vielen Banken offensichtlich zu ungesundem Wettbewerb geführt hat. Es ist ebenso geplant lokalen Banken zur Expansion zu verhelfen, so dass diese fähig sind auf internationalem Level zu konkurrieren. Auf lange Sicht sollen die Beschränkungen für kommerzielle Banken als Finanzquelle gelockert werden, um dem Aktien- und Anleihenmarkt die Möglichkeit zu geben mehr Geld für die Wirtschaft bereitzustellen.

Ein weiterer wichtiger Fokus und im Zentrum einer ausgeprägten Kritikwelle, waren und sind weiterhin die kriselnden Staatskonzerne. In der Öffentlichkeit, in den Medien aber auch in Politik und Wissenschaft hat sich die Ansicht durchgesetzt, nicht zuletzt aufgrund des spektakulären Falls *Vinashin*, dass die Staatsbetriebe trotz des erleichterten Zugangs zu staatlichen Ressourcen, Land und Kapital im Gegensatz zu anderen Betrieben äußerst unproduktiv arbeiten. Deshalb scheint sich mehr und mehr die teilweise vereinfachte und populistische Ansicht durchzusetzen, dass die Staatskonzerne ihre Privilegien gänzlich verlieren und sich künftig völlig den Marktbedingungen unterwerfen sollten. Da die Staatskonzerne ein sehr sensibles und mit diversen Interessenskonflikten beladenes Thema darstellen - ein Regierungsbericht zu einer Reform der Staatskonzerne hielt sich mit klaren Aussagen sehr bedeckt -, ist es fragwürdig, inwieweit diese Reformforderungen in der Realität umgesetzt werden, auch wenn die Regierung beteuert, dass die Staatsbetriebe sich in Zukunft zu einem gewissen Maße den Marktbedingungen unterziehen müssen. Es wurde staatlicherseits jedoch festgelegt, dass die Staatskonzerne sich sämtlicher Nebengeschäfte entledigen und sich auf ihre Kerngeschäfte konzentrieren müssen. In den letzten Jahren haben viele der staatlichen Betriebe ungehemmt Geld in den Banken-, Versicherungs- und Immobilienmarkt investiert. Berichten zufolge hatten Staatskonzerne bis zum Jahresende 2010 etwas mehr als eine Milliarde US-Dollar in Nebengeschäfte gesteckt, mehr als die Hälfte davon in den Bankensektor. Außerdem sollen viele Staatsunternehmen mehr und mehr vergesellschaftet⁷ werden, durch sogenannte „share sales“. Die Regierung hat alle relevanten Ministerien aufgefordert, Restrukturierungspläne für die verlustreichen Staatskonzerne zu erstellen und deren Organisationsstruktur zu verändern. Auch hat die Regierung versprochen, die Geschäftsergebnisse von Staatsunternehmen künftig offenzulegen und somit mehr Transparenz zu schaffen.

⁷ Die offiziellen Medien und Berichte der Regierung nutzen den Begriff der Vergesellschaftung. Gemeint ist im weiteren Sinne ein Privatisierungsprozess.

Ausblick

Den Auftakt dieses Jahres bildete ein bezeichnendes Ereignis. In einem Streit zwischen lokalen Behörden und einer Kleinbauernfamilie in der Umgebung der nordvietnamesischen Hafenstadt Haiphong, war es zu einer gewaltsamen Eskalation gekommen. Die Behörden wollten der Familie das seit mehreren Jahren gepachtete und inzwischen Ertrag bringende Land abnehmen, um es anderweitigen Investitionen zur Verfügung zu stellen. Das Familienoberhaupt sah sich in seiner langwierig aufgebauten Existenz bedroht und verteidigte seine Farm gegen die eindringenden Beamten mit Schusswaffengebrauch. Derartige Auseinandersetzungen sind selten in Vietnam. Dennoch ist der verhaftete Bauer zum Sympathieträger vieler Äußerungen im Internet geworden. Den lokalen Behörden wird eine Überreaktion vorgeworfen und der Premierminister hat sich der Angelegenheit angenommen. Die vietnamesischen Behörden sind beunruhigt, denn dieser Konflikt steht für das sich immer weiter zuspitzende Problem um Landrechte, Landnahme und einer immensen Korruption im Bereich der Landvergabe. Die Konflikte entstehen meist aufgrund von Umwandlung kleinbäuerlichen Ackerlands in Projekte von größeren Investoren, bei denen die lokalen Behörden oftmals ihre Macht missbrauchen, um eigene Vorteile zu bedienen. Die Landproblematik wird in Vietnam mit der zunehmenden Urbanisierung, Infrastrukturentwicklung und v. a. Industrialisierung ein zentrales Problem der kommenden Jahre. Die Regierung ist sich dieser Problematik bewusst und bemüht sich um notwendige Reformen. Es wird sich zeigen müssen, ob diese es schaffen, die Interessen der Mehrheit (fast 70% der Bevölkerung lebt noch von der Landwirtschaft) auf sozial gerechte Weise zu lösen.

Das zentrale Problem der hohen Inflationsrate konnte etwas eingedämmt werden. So lag die Inflationsrate im Januar 2012 bei etwas über 17%, was eine Senkung seit fünf Monaten in Folge bedeutet. Eine Fortsetzung des Trends wird von Beobachter_innen erwartet. Gleichzeitig wurde der Vietnam Dong bereits gegenüber dem Dollar abgewertet. Neben der Eindämmung der Inflation bleibt das Ziel weiterhin, eine Jahreswachstumsrate von 6 bis 6,5% zu erreichen. Ein Umdenken, das aus den Erfahrungen in den vergangenen Jahren Schlüsse zieht, ist derzeit nicht erkennbar. So wird es zunehmend eine Herausforderung für die vietnamesische Gesellschaft und Politik, dass trotz des Wirtschaftswachstums der Gewinn sich vermehrt auf eine reicher werdende Oberschicht konzentriert und viele, v. a. sozial schwache Bevölkerungsteile, werden verstärkt dem Druck der globalisierten Wirtschaftsdynamiken und deren konkreten Auswirkungen im Alltag ausgesetzt sein. Die vietnamesische Führung wird versuchen, dieser Tendenz mit Reformen zu sozialer Absicherung entgegenzuwirken. Ein notwendiges Umdenken in Bezug auf eine mögliche Umstrukturierung der Politik und Wirtschaft hin zu mehr Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit, weg von den neoliberalen Wirtschaftsversprechen auf dem Weltmarkt ist unter der derzeitigen Führung schwer absehbar. Dennoch sind dies Forderungen und Ideen, die auch in Vietnam diskutiert werden und die es verdienen, in Zukunft gefördert, begleitet und angesprochen zu werden.

Zu den Autor_innen

Nadja Charaby ist Südostasienwissenschaftlerin und leitet seit Februar 2011 das Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Vietnam.

Felix Münster ist Politikwissenschaftler und lebt und arbeitet seit 2010 als Berater in Hanoi.